



Interviews

03. April 2024

Moritz Küpper im Gespräch mit Ulrich Schneider

Küpper: Die FDP, namentlich der stellvertretende Parteivorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Johannes Vogel, hat noch einmal nachgelegt, sagte gestern, warum das Familienministerium gerade jetzt die ebenso alte wie absurde Forderung nach 5.000 neuen Stellen wiederholt hat, erscheint rätselhaft. Es geht um die geplante sogenannte Kindergrundsicherung, einem, wenn nicht sogar dem Kernprojekt der grünen Bundesfamilienministerin Lisa Paus. Mit der Sozialreform sollen ab 2025 bisherige Leistungen wie das Kindergeld, Leistungen aus dem Bürgergeld für Kinder oder der Kinderzuschlag gebündelt werden. Aber bis heute, so FDP-Mann Vogel, liege leider kein funktionierendes Konzept vor. Die FDP, sie droht damit, das Ganze platzen zu lassen. Und Lisa Paus selbst, die lässt mitteilen, dass sie aktuell dazu nichts sagen könne, der Ball liege im Parlament. Am Telefon ist nun Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, guten Morgen.

Schneider: Schönen guten Morgen.

Küpper: Herr Schneider, ist Lisa Paus für Sie eine kompetente, durchsetzungsstarke Mitstreiterin, wenn es um die Interessen von armen Kindern und Familien geht?

Schneider: Sie ist kompetent und wie durchsetzungsstark sie ist, wird sich zeigen. Aber klar ist, sie kann die Interessen der armen Kinder nicht alleine durchsetzen. Sie braucht die Unterstützung anderer Partner in der Koalition, vor allen Dingen des Bundeskanzlers. Das ist ja selbstverständlich.

Küpper: Hat sie die aus Ihrer Sicht?

Schneider: Also, in der Vergangenheit habe ich schon gezweifelt, wie weit tatsächlich insbesondere auch der Bundeskanzler hinter diesem Projekt Kindergrundsicherung steht. Denn eines war klar, es wurde gesagt: Macht mal. Es steht ja im Koalitionsvertrag. Aber wenn es dann um die Summen ging – und es geht ja darum, Kinderarmut zu bekämpfen, abzuschaffen – dann wurden plötzlich alle ganz kleinlaut, auch der Kanzler. Von dem war dann nicht mehr allzu viel zu hören. Deswegen habe ich da gelegentlich schon meine Schwierigkeiten, Unterstützung wahrzunehmen.

Küpper: Warum kommt diese Kindergrundsicherung nicht?

Schneider: Weil sie Geld kostet. Es ist in der Tat so, wenn man Kinderarmut bekämpfen will, dann geht es nicht nur darum zu reden, wie kriegen wir Leistungen digitalisiert oder wie bekommt man mit einer neuen Behörde das Ganze stigmatisierungsfreier hin usw. Da muss man Geld in die Hand nehmen, denn die Wahrheit liegt natürlich am Ende im Portemonnaie der Eltern und nicht in irgendeiner Behörde oder in einem Netz. Und man müsste in der Tat vier, fünf Milliarden schon jetzt auf den Weg bringen, um die Regelsätze, wie man das so nennt, also im Bürgergeld, so anzuheben, dass auch tatsächlich Kinder aus der Armut herauskommen. Wir haben 2,9 Millionen arme Kinder in Deutschland. Und das kriegt man nicht anders weg als mit Geld. Ist so.

Küpper: Und Geld ist knapp. Das wissen wir alle. Aber ist es, wenn wir jetzt konkret auf das aktuelle Projekt, auf die Vorgehensweise vor allem auch schauen, ist es da geschickt, mit solchen – wir haben es ja gerade in der Presseschau auch noch mal gehört – mit Behörden, einer neuen Behörde mit 5.000 neuen Stellen, also im Grunde genommen Bürokratie mit Bürokratie zu bekämpfen?

Schneider: Also, ich komme damit nicht klar, dass man sagt, diese 5.000 neuen Stellen sollen Bürokratie schaffen. Bürokratie ist in der Regel oder wir verstehen darunter, dass Menschen von Verwaltung behelligt werden, vielleicht sogar drangsaliert werden. Hier soll ja genau das Gegenteil geschehen.

Küpper: Aber es ist ein weiterer Aufbau des Staates.

Schneider: Ja, Moment, ja, eben. Aber dieser vergiftete Begriff der Bürokratie, den die FDP da benutzt, den kann ich so nicht stehenlassen. Es geht um Verwaltungsvereinfachung. Es soll den Bürgerinnen und Bürgern Arbeit abgenommen werden. Es soll ein Datenaustausch stattfinden, um auf die BürgerInnen zugehen zu können. Und das ist für mich das Gegenteil von Bürokratie, was da geplant ist. Und dazu braucht man Stellen. Also, jetzt da ein Riesenfass aufzumachen, das hätte Herr Lindner schon vorher klar sein müssen.

Küpper: Aber man hat doch Stellen. Also, es gibt ja all die Leistungen bisher schon. Man will das ja jetzt zusammenlegen, so der Ansatz.

Schneider: Ja, richtig. Man will alles bei den Familienkassen bündeln. Diese sind aber nicht in der Fläche aufgestellt und brauchen deshalb zusätzlich Personal. Das lässt sich nicht einfach woanders abziehen. Man kann ja nicht bei den Jobcentern jetzt Stellen nehmen und sagen, ihr macht jetzt nur noch Familienkasse. So einfach geht es nicht. Aber – das will ich auch noch sagen – es ist für mich zweitrangig, dieses Problem. Wenn man Kinderarmut bekämpfen will, dann kann man auch jetzt schon ohne irgendeine Verwaltungsumstellung hingehen und die Regelsätze im Bürgergeld erhöhen. Sie sind lausig. Mit 350 Euro bekommt man kein Kind über den Monat. Und mit 4 Euro bekommt man kein Schulkind am Tag ernährt mit allem, was dazugehört. Also, wir hätten jetzt schon alle Möglichkeiten, Kinderarmut zu bekämpfen, indem wir endlich diese Regelsätze erhöhen, aber das will Herr Lindner offenbar nicht.

Küpper: Herr Lindner will Steuerentlastung an anderer Stelle. Aber lassen Sie uns noch mal bei diesen 5.000 Stellen bleiben und diesem Ansatz dahinter. Frau Paus sagt ja, mit den 5.000 Stellen wollen wir von der Holschuld der Bürger zur Bringschuld des Staates kommen. Ist das der richtige Ansatz?

Schneider: Na ja, was heißt Bringschuld? Es geht darum, dass sie sagt ...

Küpper: Na, das hat sie so gesagt.

Schneider: Ja, ja, sicher. Den Begriff finde ich nicht sonderlich glücklich. Es geht darum ...

Küpper: Wieso nicht?

Schneider: Na ja, Bringschuld ist für diejenigen, die ein Interesse daran haben, wieder ein Begriff, der leicht zu diffamieren ist, unter dem Motto: Man trägt denen alles hinterher. Das ist ja nicht so.

Küpper: Also, war es doch nicht so geschickt?

Schneider: Na, dieser Begriff „Bringschuld“, der ist nicht geschickt. Als Sozialarbeiter reden wir von einer Geh-Struktur, die man aufbauen muss. Das heißt, man muss dahingehen, wo die Menschen sind. Man muss ihnen deutlichmachen, ihr müsst jetzt einen Antrag stellen. Man muss ihnen deutlichmachen: Es ist wichtig für euch. Und so packen wir das an. Von einer Bringschuld hätte ich da nicht gesprochen. Was sie will, sie will einen Datenabgleich machen, um herauszufinden, wer hat denn überhaupt wahrscheinlich ein Anrecht auf diese Leistung und will die Menschen dann ... das bezeichnet sie als Bringschuld. Ich würde das als eine offensive Art, ja, ich sage mal, des Bürgermanagements betrachten.

Küpper: Also, es führt schon weg vom Prinzip der Eigenverantwortung und deswegen ist die FDP vielleicht ja auch so drastisch.

Schneider: Überhaupt nicht. Also, es ist so, wenn ich alleinerziehend bin in Deutschland und habe zwei Kinder – als ein Beispiel – dann nimmt mir keiner die Verantwortung für irgendwas ab. Das ist so. Und das wird auch nie jemand können, sondern natürlich bleiben die verantwortlich. Es soll ihnen erleichtert werden, einen Antrag zu stellen, darüber informiert zu sein, dass es die Möglichkeit gibt und dann sollen ja alle letztlich davon profitieren, indem die Kinder aus der Armut geholt werden. Darum geht es, aber nicht um irgendwelche Verschiebungen von Verantwortungen.

Küpper: Sie haben gesagt, grundsätzlich braucht es mehr Geld. Aber wenn wir jetzt bei diesem konkreten Projekt bleiben, der Einführungstermin, der wackelt ja – 01. Januar 2025. Ist das aus Ihrer Sicht noch zu halten?

Schneider: Mit dieser großen Verwaltungsreform nicht, die dahintersteht. Sondern momentan ist es so, wie auch aus der SPD heraus gesagt wird, es kann jetzt wahrscheinlich nur noch stufenweise klappen. Was zu halten wäre – wenn man es denn wollte – man könnte hingehen und bis zu diesem Termin endlich die Unterstützungssätze für Kinder im Bürgergeld erhöhen. Ich habe es schon mal gesagt. Dann wäre erst mal das Problem Kinderarmut, soweit es Einkommensarmut ist, erledigt. Und das würde etwa einen Betrag, nach unseren Berechnungen, von vier bis fünf Milliarden kosten. Und das könnte man machen, ohne die Verwaltung mitumstellen zu müssen.

Küpper: Sehen Sie dafür eine, ja, wie auch immer geartete Mehrheit in dieser Koalition?

Schneider: Mit Herrn Linder mit Sicherheit keine Mehrheit. Herr Linder tut alles, um wirklich an seiner ideologischen Schuldenbremse festhalten zu können, um sehr vermögende große Erben oder auch sehr hohe Einkommensbezieher vor großer Steuerbelastung zu schützen. Und solange das Priorität hat beim Finanzminister, wird man Kinderarmut nicht bekämpfen können.

Küpper: Das heißt, es braucht ein Machtwort des Kanzlers, über den wir eingangs sprachen?

Schneider: Es braucht ein Machtwort des Kanzlers und es braucht einen Kurswechsel der Finanz- und Steuerpolitik.

Küpper: Glauben Sie, dass die Ampel den hinlegen wird?

Schneider: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Küpper: Angesichts immer kleiner werdenden Haushaltszahlen sozusagen oder immer umkämpfteren Haushaltszahlen.

Schneider: So ist es. Ich denke, der Druck nimmt ja zu. Und auch Herr Lindner wird erkennen müssen, dass er angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, gerade auch durch den Überfall Russlands auf die Ukraine, nicht weitermachen kann wie bisher, auch nicht mit seiner Steuer- und Finanzpolitik und seinen sklavischen Hängen an der Schuldenbremse. Wir brauchen Mehreinnahmen und wir brauchen neue Möglichkeiten der Kreditaufnahme, sonst werden wir dem Problem nicht gerecht werden können. Und jetzt Verteidigungssicherheit auszuspielen gegen den Sozialstaat, wäre geradezu selbstzerstörerisch. Das heißt ...

Küpper: Aber jeden Euro kann man nur einmal ausgeben.

Schneider: Ja, aber man kann Euronen einnehmen. Mit anderen Worten: Man kann auch eine Steuerpolitik ändern, die großen Vermögen, Spitzeneinkommen stärker heranziehen, wenn man nur tatsächlich auch endlich an den Patriotismus der Menschen hier so appelliert, wie sich das gehören würde und ihnen nicht weitere Steuererleichterungen versprechen würde.

Küpper: Sagt live heute Morgen hier im Deutschlandfunk Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, vielen Dank für Ihre Zeit.

Schneider: Nichts zu danken, tschüss.

Küpper: Auf Wiederhören.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews
und Diskussionen nicht zu eigen.*